



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH – 1700 Freiburg

Kantonale Volksabstimmungen vom 24. November 2019 *Die Ergebnisse*

Les votations cantonales du 24 novembre 2019 *Les résultats*

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und die Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

Übersicht / Aperçu

1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



GE: Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Contreprojet à l'IN 163)



GE: Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Pour une limitation drastique des produits phytosanitaires à Genève)

2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



BL: Änderung des Steuergesetzes (Oblig.)



BL: Staatsbeitragsgesetz (Oblig.)



BL: Gegenvorschlag des Landrats zur (zurückgezogenen) nichtformulierten Volksinitiative «Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern» (Oblig.)



BL: Ziffer 1 des Landratsbeschlusses zur Anpassung des Kantonalen Richtplans betreffend Oberwil, Ausbau Langmattstrasse (Fak.)



BS: Grossratsbeschluss betreffend Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes (Fak.)



GE: *Loi modifiant les limites de zones sur le territoire de la commune du Grand-Saconnex (création d'une zone de développement 3 affectée à des activités administratives et commerciales, d'une zone de développement 3 affectée à de l'équipement public, d'une zone de développement 3 affectée à de l'équipement public et à des constructions et installations sportives et d'une zone de verdure, au lieu-dit « Pré-du-Stand ») (fac.) (Après recomptage et ATF)*



GE: *Loi modifiant les limites de zones sur le territoire de la commune de Genève – section Petit-Saconnex (création d'une zone de développement 3 au lieu-dit « Les Crêts ») (fac.) (Après recomptage)*



NW: Gesetz über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken (Gastgewerbegesetz, GGG) (Fak.)



ZG: Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz, DMSG) (Fak.)

3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



BL: Nichtformulierte Volksinitiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen» mit Gegenvorschlag des Landrats



BL: Änderung des Bildungsgesetzes (Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt»)



GE: Initiative populaire « Construisons des logements pour toutes et tous : Une priorité en période de pénurie! »



GE: Initiative populaire « Pour un pilotage démocratique de l'aéroport de Genève – Reprenons en main notre aéroport »



GE: Initiative populaire « Pour un meilleur contrôle de l'expérimentation animale »

4. Finanzreferendum / Référendum financier :



SZ: Kantonsschule Ausserschwyz (KSA): Ausgabenbewilligung für die Realisierung von Neubauten in Pfäffikon (fak.)



BL

1. Nichtformulierte Volksinitiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen» vom 23. November 2017	NEIN (59.08%)
mit	
Gegenvorschlag des Landrats vom 4. April 2019	JA (53.28%)
Stichfrage	Gegenvorschlag (56.81%)
Stimmbeteiligung	34.98%

Ziel der Initiative ist es, mit der Einführung einer Ergänzungsleistung Familienarmut zu reduzieren. Die Leistung soll Familien mit Kindern bis zum 16. Lebensjahr unterstützen, die trotz Erwerbseinkommen unter der Armutsgrenze leben. Dabei soll jederzeit ein Arbeitsanreiz bestehen und Schwelleneffekte sollen so tief wie möglich gehalten werden. Regierung und Parlament müssten bei Annahme der Initiative einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeiten.

Der Regierungsrat stellte der nichtformulierten Initiative einen nicht formulierten Gegenvorschlag gegenüber. Dieser lässt eine zeitliche und inhaltliche Abstimmung zwischen den Ergebnissen der laufenden Arbeiten und der Forderung der Initiative zu. So kann basierend auf Erkenntnissen der Strategie gegen Armut festgelegt werden, wie Familien in prekären finanziellen Verhältnissen am besten unterstützt werden können. Auf dieser Grundlage soll eine bestehende Leistung angepasst oder eine neue Leistung eingeführt werden können.

Was will die Initiative? Die *Initiative* will Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen einführen. Bei der Bemessung sollen die Höhe des Einkommens, die Anzahl der Kinder (mindestens ein Kind unter 16 Jahren) und die Gesamtzahl der in der Familie lebenden Personen berücksichtigt werden. Zudem sollen Arbeitsanreize geschaffen werden.

Warum ein Gegenvorschlag? Der *Regierungsrat* steht der Idee einer Leistung für Familien in prekären Situationen positiv gegenüber. Zurzeit werden grössere Projekte erarbeitet, namentlich einer Strategie gegen Armut und einer Strategie für die Sozialhilfe; beide Strategien haben Einfluss auf die Unterstützung von armutsbetroffenen Familien haben. Weiter wird eine verbesserte Abstimmung der verschiedenen bedarfsabhängigen Leistungen angestrebt. Bevor ein neues Instrument eingeführt wird, sollen die bestehenden Instrumente auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Daher möchten der Regierungsrat und Landrat die Ergebnisse aus diesen Projekten abwarten, bevor sie eine Lösung vorschlagen, und lehnen deshalb die Initiative ab.

Laut den Behörden profitieren Familien im Kanton BL bereits von Massnahmen, die sie in verschiedenen Lebenssituationen finanziell entlasten: Familienzulagen, Steuerabzüge, Prämienverbilligungen, Alimentenbevorschussung, Mietzinsbeiträge und Stipendien. Eine zusätzliche Leistung für Familien in prekären Situationen muss dieses System der bestehenden Leistungen berücksichtigen. Der Gegenvorschlag des Regierungsrats sieht deshalb vor, dass vor der Einführung einer neuen Leistung das

System der bestehenden Leistungen auf seine Wirksamkeit überprüft wird. Zudem soll gemäss Gegenvorschlag erst dann eine neue Leistung eingeführt werden, wenn die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen vorliegen. Diese befinden sich momentan in Erarbeitung.

Basierend auf diesen Entscheidungsgrundlagen wird der Regierungsrat eine Lösung erarbeiten, wie Familien in prekären finanziellen Verhältnissen am besten unterstützt werden können. Mit welchen Massnahmen dies geschehen soll, lässt der Gegenvorschlag aber bewusst offen. Eine Leistung für einkommensschwache Familien solle grundsätzlich nicht nach dem Giesskannenprinzip ausgestaltet sein. Sie müsse vielmehr spezifisch die finanzielle Belastung von einkommensschwachen Familien reduzieren. Familien knapp unterhalb oder oberhalb der Anspruchsgrenze der Sozialhilfe sollen unterstützt werden.

Weiter müsste eine Leistung für Familien so ausgestaltet sein, dass jederzeit ein Erwerbsanreiz besteht. Die Unterstützung soll dazu motivieren, weiterzuarbeiten oder in einem höheren Pensum zu arbeiten, anstatt Sozialhilfe zu beziehen. Daher sollen nur Familien Anspruch auf diese Leistung haben, die ein vorausgesetztes Mindesteinkommen erzielen.

Das *Initiativkomitee* fordern ein konkreteres Vorgehen. Vor mehr als 10 Jahren forderte eine Motion im Landrat die Einführung einer Familien-EL. Infolge der gemäss Initiativkomitee ausbleibenden Entwicklungen wurde die vorliegende Initiative lanciert und 2017 eingereicht. Der «Gegenvorschlag» schiebe das Anliegen auf die lange Bank. Er richte sich vor allem «gegen» die Initiative und würde gar keinen eigentlichen «Vorschlag» machen. Der Gegenvorschlag verlange vielmehr ein Gesamtkonzept als konkrete Massnahmen zugunsten der Betroffenen. Die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien habe sich in anderen Kantonen bewährt und nicht bloss den Betroffenen geholfen, sondern auch Gemeinden entlastet.

Für viele Familien reiche das Einkommen nicht aus, obwohl die Eltern arbeitstätig seien. Um den Weg in die Sozialhilfe zu verhindern, brauchen diese Familien Ergänzungsleistungen. Die Initiative verlangt daher, dass Familien mit geringen Einkommen solche Ergänzungsleistungen erhalten können.

Basierend auf den Armutsbericht von 2015 weist das Initiativkomitee darauf hin, dass im Kanton BL etwa 17'000 Menschen unterhalb des sozialen Existenzminimums leben, darunter rund 6'000 Kinder bis 17 Jahre. Für Haushalte mit Kindern, vor allem Einelternfamilien sowie Familien mit mehr als drei Kindern, bestehe ein besonders hohes Armutsrisiko.

Der Landrat hat am 04.04. 2019 mit 43:28 Stimmen bei 15 Enthaltungen die Volksinitiative abgelehnt und dem nichtformulierten Gegenvorschlag zugestimmt.

2. Änderung des Steuergesetzes vom 6. Juni 2019

(Steuervorlage 17, SV17)

Stimmbeteiligung

JA (63.20%)
34.51%

Auf internationalen Druck muss die Schweiz ihr Unternehmenssteuerrecht neu ausgestalten und die international nicht mehr akzeptierten Regelungen für Statusgesellschaften (Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften) abschaffen.

Am 19.05.2019 hat die Schweizer Stimmbevölkerung das Bundesgesetz über die Steuerreform und

AHV-Finanzierung (STAF) mit 66.4 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Damit stellt der Bund den Kantonen einen «Werkzeugkasten» mit neuen zulässigen Steuerentlastungsmassnahmen zur Verfügung. Diese entsprechen den internationalen Standards und stellen sicher, dass die Schweiz weiterhin ein attraktiver Unternehmensstandort bleibt.

Die Umsetzung der STAF im Kanton BL trägt den Titel Steuervorlage17 (SV17). Die wichtigsten Punkte der kantonalen Reform sind:

- Abschaffung der besonderen Besteuerung von Statusgesellschaften;
- Einführung einer Patentbox mit einer Entlastung von 90 Prozent;
- Einführung eines zusätzlichen Abzugs für Forschung und Entwicklung von 20 Prozent;
- Gestaffelte Senkung des effektiven Gewinnsteuersatzes auf 13.45 Prozent (heute maximal 20.7 Prozent) bis 2025;
- Senkung des Kapitalsteuersatzes auf 1.6 Promille;
- Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf 60 Prozent;
- Erhöhung des Steuerabzugs für Kinderdrittbetreuungskosten auf CHF 10'000.- pro Kind und Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung um CHF 17.4 Mio. als sozialpolitischer Ausgleich.

Um den Kantonen einen finanzpolitischen Spielraum für die geplante Senkung des Gewinnsteuersatzes zu verschaffen, hat der Bund den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer um 4.2 Prozentpunkte auf neu 21.2 Prozent erhöht. Dadurch erhält der Kanton BL ab dem Jahr 2020 jährlich rund CHF 28 Mio. an zusätzlichen Mitteln. Daran beteiligen sich die Gemeinden mit rund CHF 10 Mio. und die Landeskirchen mit rund CHF 1 Mio.

Die *Gegnerschaft* forderte in der Landratsdebatte insbesondere eine Erhöhung der Kinder- und Familienzulagen sowie einen deutlich höheren Gewinnsteuersatz.

Der *Landrat* hat der Änderung des Steuergesetzes am 6. Juni 2019 mit 57:23 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Eine *Minderheit im Landrat* befürchtete höhere Ausfälle beider Steuern und lehnte die Vorlage im Wesentlichen aus folgenden Gründen ab:

- Die Senkung des Gewinnsteuersatzes auf 13.45 Prozent gehe zu weit. Es wurde ein Gewinnsteuersatz von 13.94 bzw. 14.2 Prozent beantragt.
- Der erhöhte Abzug für Forschung und Entwicklung sei zu streichen, da die damit verbundenen finanziellen Folgen nicht abschätzbar seien.
- Die Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf 60 Prozent gehe zu wenig weit. Es wurde eine Dividendenbesteuerung von 65 bzw. 80 Prozent gefordert.
- Als weiterer sozialer Ausgleich wurde eine Erhöhung der Kinder- und Familienzulagen von 30 Franken gefordert.

Sämtliche Änderungsanträge wurden vom Landrat abgelehnt.

Finanzielle Auswirkungen der Reform

Kanton (in Mio. CHF)	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Steuermindererträge aus SV17	- 45	- 41	- 36	- 49	- 45	- 30
Ausgleichszahlung Bund	18	18	18	19	19	20
Auswirkung NFA	0	0	0	0	- 7	- 13
Soziale Ausgleichsmassnahmen	- 2.9	- 10.9	- 18.9	- 18.9	- 18.9	- 18.9
Total*	- 31	- 34	- 36	- 49	- 52	- 42
Gemeinden (in Mio. CHF)	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Steuermindererträge aus SV17	- 22	- 20	- 17	- 27	- 25	- 17
Ausgleichszahlung Bund	10	10	10	10	11	11
Soziale Ausgleichsmassnahmen	- 0.8	- 0.8	- 0.8	- 0.8	- 0.8	- 0.8
Total*	- 14	- 11	- 8	- 17	- 15	- 7
Landeskirchen (in Mio. CHF)	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Steuermindererträge aus SV17	- 2.3	- 2.1	- 1.9	- 2.6	- 2.4	- 1.7
Ausgleichszahlung Bund	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Soziale Ausgleichsmassnahmen	- 0.15	- 0.15	- 0.15	- 0.15	- 0.15	- 0.15
Total*	- 1.6	- 1.3	- 1.1	- 1.8	- 1.6	- 0.9
*Total jeweils unter Berücksichtigung der ungerundeten Werte						

Quelle: Abstimmungsbroschüre.

Siehe für einen Vergleich mit anderen Kantonen bereits Newsletter des Instituts für Föderalismus [«Kantonale Volksabstimmungen vom 19. Mai 2019 – Die Ergebnisse»](#).

Der Landrat hat am 06.06.2019 mit 57:23 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Änderung des Steuergesetzes (Steuervorlage17, SV17) zugestimmt.

Warum eine Volksabstimmung? Da das Gesetz mit weniger als vier Fünfteln der anwesenden Mitglieder beschlossen wurde, unterliegt es der obligatorischen Volksabstimmung¹.

¹ Vgl. § 30 Abs. 1 Bst. b der [Verfassung des Kantons Basel-Landschaft](#) vom 17.05.1984, RB 100.

3. Staatsbeitragsgesetz vom 27. Juni 2019

Stimmbeteiligung

JA (84.02%)

34.51%

Die Vorlage schafft die Grundlage für eine intensiviertere, systematische und dauerhafte Bewirtschaftung der Staatsbeiträge. Deren Volumen beträgt rund CHF 620 Mio., also rund ein Viertel des kantonalen Finanzhaushalts. Damit entsprechende Controlling-Prozesse ihre Wirkung entfalten können, sind einheitliche, transparente und wirkungsvolle Regelungen zwingend. Diese fehlten bisher für alle Beteiligten.

Der Regierungsrat sieht Handlungsbedarf und will die Lücke mit dem neuen Staatsbeitragsgesetz schliessen.

Das neue Staatsbeitragsgesetz erweitert die Steuerung des Finanzhaushalts und regelt die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Empfängerinnen und Empfängern von Staatsbeiträgen, also externen Dritten, die Steuergelder erhalten. Die Steuerung orientiert sich am Lebenszyklus eines Staatsbeitrags:



Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 42

Das Gesetz klärt die Terminologie des Begriffs «Subventionen», der bis anhin nicht einheitlich umschrieben war. Diesbezüglich wird zwischen Abgeltungen und Finanzhilfen unterschieden:

- Eine «Abgeltung» ist ein Beitrag zum Ausgleich von finanziellen Lasten, die Dritten aus der Übertragung von kantonalen Aufgaben entstehen (z.B. Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz, Krebsregister beider Basel etc.). Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben kann Dritten übertragen werden, wenn die Aufgabe ausserhalb der kantonalen Verwaltung wirksamer und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.
- Eine «Finanzhilfe» ist ein Beitrag zur Förderung oder zur Erhaltung einer im öffentlichen Interesse liegenden, freiwillig erbrachten Tätigkeit Dritter (z. B. Förderungen im Kulturbereich, Verein Familienpass, Tourismusförderung etc.). Finanzhilfen sollen, wenn möglich, als Anschubfinanzierungen ausgestaltet werden. Damit soll mittelfristig finanzieller Spielraum für die Unterstützung anderer berechtigter Institutionen und Vorhaben geschaffen werden.

Mindestens einmal während der Dauer eines Staatsbeitragsverhältnisses müsste zudem nach einheitlichen Kriterien überprüft und dokumentiert werden, ob die vereinbarte Leistung oder Aufgabe vereinbarungs- respektive Verfügungsgemäss erbracht wird. Auf dieser Basis können Staatsbeiträge unter bestimmten Voraussetzungen eingestellt oder gar zurückgefordert werden.

Der *Regierungsrat* unterstreicht in seiner Stellungnahme zu zunehmender Bedeutung von Staatsbeiträgen innerhalb der Kantonsausgaben und weist darauf hin, dass eine neue rechtliche Grundlage für eine adäquate Steuerung dieses Ausgabenbereichs zwingend erforderlich sei. Das Volumen von CHF 620 Mio. rechtfertige ein eigenes Gesetz. Eine rein verwaltungsinterne Regelung wäre demgegenüber intransparent und würde definitiv zu kurz greifen.

Da auch der Bund und diverse andere Kantone in der Vergangenheit ein Gesetz für die Steuerung der Staatsbeiträge erlassen haben, wurden diese positiven Beispiele im Rahmen der Arbeiten für den vorliegenden Gesetzesentwurf konsultiert.

Der Landrat hat am 27.06.2019 mit 60:19 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Staatsbeitragsgesetz zugestimmt und auch der Regierungsrat empfiehlt den Stimmberechtigten, dem Staatsbeitragsgesetz zuzustimmen.

4. Gegenvorschlag des Landrats vom 28. Februar 2019 zur (zurückgezogenen)

nichtformulierten Volksinitiative «Niveaugetrennter Unterricht

in Promotionsfächern» vom 21. November 2013

JA (83.54%)

34.53%

Stimmbeteiligung

Das Bildungsgesetz des Kantons BL hält fest, dass die Sekundarschule in drei Anforderungsniveaus (A, E und P) gegliedert ist. Damit sollen alle Schülerinnen und Schüler ihren Fähigkeiten nach optimal auf einen Abschluss der Sekundarstufe II vorbereitet werden. Auch die Stundentafel und der Lehrplan wurden für die drei Anforderungsniveaus differenziert ausgestaltet. Neu soll mit der Ergänzung von § 28 des Bildungsgesetzes dieser Grundsatz verdeutlicht und die heutige Praxis bestätigt werden.

Eine nichtformulierte Volksinitiative verlangte, dass der Unterricht in der Sekundarschule in allen Promotionsfächern strikt niveaugetrennt durchzuführen ist. Der Regierungsrat empfahl diese Initiative zur Ablehnung und unterbreitete dem Landrat einen formulierten Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe. Der Gegenvorschlag hält einerseits den Grundsatz des niveaugetrennten Unterrichts fest, ermöglicht aber andererseits Ausnahmen, um weiterhin möglichst breites Angebot an Wahlpflichtfächern für die Schülerinnen und Schüler gewährleisten zu können.

Der Landrat stimmte diesem Gegenvorschlag mit 77:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu. Da die nichtformulierte Volksinitiative daraufhin zurückgezogen wurde, wird nun nur noch über den Gegenvorschlag abgestimmt.

Der Regierungsrat empfiehlt die Änderung des Bildungsgesetzes aufgrund folgender Argumente anzunehmen:

- Das ursprüngliche Anliegen der Volksinitiative eines strikt niveaugetrennten Unterrichts sei zu absolut formuliert gewesen und hätte die Flexibilität der Schulen im Wahlpflichtangebot eingeschränkt. Der Grundsatz des nach Anforderungsniveaus differenzierten Unterrichts solle mit dem vorliegenden Gegenvorschlag ausdrücklich auf Gesetzesstufe verankert werden.

- Ausnahmen in der Kursbildung der Wahlpflichtfächer seien sinnvoll und im Interesse der Schülerinnen und Schüler wichtig. So könne ein möglichst breites Angebot bereitgestellt werden und die Kurse können auch durchgeführt werden, wenn die Anmeldezahlen je Niveau nicht ausreichen.
- Mit dieser Ergänzung des Bildungsgesetzes sei das Kernanliegen der Initiative aufgenommen und so umgesetzt, dass die Schulen weiterhin den nötigen Handlungsspielraum in der Kursbildung haben.

Der Landrat hat am 28.02.2019 mit 77:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Gesetzesänderung zugestimmt. Auch der Regierungsrat empfiehlt dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Weshalb kommt es zur Volksabstimmung? Die Initiative ist am 11.03.2019 zurückgezogen worden. Formuliert Initiativebegehren und gegenübergestellte Gegenvorschläge unterliegen in BL der obligatorischen Volksabstimmung².

5. Änderung des Bildungsgesetzes vom 27. Juni 2019 (Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» vom 28. April 2016)

Stimmbeteiligung

**JA (84.82%)
34.60%**

In den Kantonen BS, BL und SO sowie in den deutschsprachigen Teilen der Kantone BE, FR und VS wird Französisch als erste Fremdsprache nach dem Lehrplan Passepartout, d.h. einem gemeinsamen Konzept und gemeinsamen Lehrmittel unterrichtet. Die Lehrmittel basieren auf einer neuen Lernmethode (sog. Schreiben nach Gehör), wonach die Schülerinnen und Schüler zunächst so schreiben dürfen, wie sie wollen. Diese Lehrmittel «Mille feuilles», «Clin d’Oeil» und «New World» sind pädagogisch umstritten und wurden zunehmend auch politisch stark kritisiert. Die Initiative möchte nun das Lehrmittel-Obligatorium aufheben und stattdessen eine geleitete Lehrmittelfreiheit einführen.

Gemäss dem *Initiativkomitee* sei das Passepartout-Projekt völlig gescheitert, weil die Schülerinnen und Schüler am Ende der Primarschule die Lernziele nicht erreicht hätten. Man habe zudem ohne Not die bisher bewährte Tradition der Fremdsprachenvermittlung aufgegeben. Die neuen Lehrbücher würden pädagogische Grundprinzipien missachten, namentlich Schulkinder vom Einfachen zum Schwierigen zu führen. Demgegenüber halte die Änderung des Bildungsgesetzes die Förderung in den Bereichen Lesen, Schreiben, Hören und Sprechen, aber auch den schrittweisen Aufbau von Grammatik, Grundwortschatz und Orthografie fest, sodass eine effiziente Förderung der betroffenen Schülerinnen und Schüler möglich sei.

Wenn die Stimmbürger die Gesetzesänderung annehmen, dürften die Lehrpersonen, anders als jetzt, aus einer kantonalen Liste von Lehrmitteln selber ein Schulbuch auswählen, das ihrer Meinung nach die Schülerinnen und Schüler am besten fördert.

² Vgl. § 30 Abs. 1 Bst. c der [Verfassung des Kantons Basel-Landschaft](#) vom 17.05.1984, RB 100.

Der Landrat hat am 27.06.2019 einstimmig (81:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen) der Änderung des Bildungsgesetzes zugestimmt. Sowohl der Regierungsrat als auch der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland unterstützen die Umsetzung der Initiative.

6. Ziffer 1 des Landratsbeschlusses vom 31. Januar 2019 zur Anpassung des Kantonalen Richtplans betreffend Oberwil,

Ausbau Langmattstrasse

Stimmbeteiligung

NEIN (54.37%)
34.48%

Im Kantonalen Richtplan (KRIP) wird die Koordination der räumlichen Entwicklung im Kanton BL festgesetzt. U.a. werden die Verkehrsnetze von kantonalen Bedeutung darin festgelegt und auf bestehende und geplante Nutzungen abgestimmt.

Im Fall der Langmattstrasse in Oberwil wird auf einer Länge von rund 260 Metern zwischen dem Kreisel Mühlemattstrasse und der Therwilerstrasse eine neue Strasse erstellt, um eine bestehende Lücke zwischen zwei bestehenden Strassen zu schliessen. Dabei handelt es sich um eine Ergänzung des kantonalen Strassennetzes, welche eines solchen Eintrags im KRIP bedarf.

Gegen den landrätlichen Beschluss zur Anpassung des Richtplans bzgl. der Langmattstrasse wurde das Referendum ergriffen. Der Beschluss wird nun den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.

Der *Regierungsrat* ist der Meinung, der Ausbau der Langmattstrasse sei wichtig, um den Stau zu verringern. Im Leimental zwischen Bottmingen und Therwil queren heute alle Kantonsstrassen die Tramlinien 10 und 17 mit Barrieren. Dies führe in den Spitzenstunden regelmässig zu Stausituationen und unerwünschtem Ausweichverkehr. Die zukünftige, ausgebaute Langmattstrasse bilde eine neue Querspange, welche die Tramlinie unterquert und somit unabhängig vom Tramverkehr funktioniere. Damit würde einerseits das Strassennetz stabiler machen und andererseits zu Entlastungen in Wohngebieten führen und in den Spitzenstunden Stausituationen auch in den Ortszentren von Therwil und Oberwil reduzieren. Darüber hinaus würde auch die Erreichbarkeit des Gewerbegebiets Mühlematt verbessert.

Die Finanzierung der Realisierung des Projekts sei grundsätzlich gesichert. Dies gelte unabhängig von der detaillierten Ausgestaltung und einer allfälligen Mitfinanzierung durch den Bund.

Gemäss dem *Referendumskomitee* löst die Langmattstrasse kein Verkehrsproblem. Sie zerschneide vielmehr Kulturland und einen schönen, viel genutzten Fuss- und Veloweg. Zudem bringe sie mehr Lärm und zerstöre ein wichtiges Naherholungsgebiet. Die Langmattstrasse verfehle den gewünschten Effekt komplett, denn weder das Dorfzentrum von Oberwil noch jenes von Therwil würden dadurch entlastet. Auf der bereits heute stark belasteten Therwilerstrasse drohe sogar noch zusätzlicher Stau.

Im Übrigen sei das Projekt in Oberwil in der Vergangenheit bereits fünf Mal abgewiesen worden. Die Leimentaler und Leimentalerinnen bräuchten nicht alle 400 Meter eine neue und teure Verbindungsstrasse. Stattdessen sei es wünschenswert, die öffentlichen Verkehrsmittel zu verbessern sowie sichere Velo- und Schulwege einzuführen.

Mit der Festlegung des Korridors der Langmattstrasse im KRIP wird vorerst nur die Freihaltung des notwendigen Raums sichergestellt, um einen Bau der Strasse kurz- oder längerfristig überhaupt zu ermöglichen. Um die Verlängerung der Langmattstrasse effektiv bauen zu können, sind weitere Landratsbeschlüsse notwendig, für die mittels Referendum jeweils eine weitere Volksabstimmung verlangt werden kann. Erst zu diesem späteren Zeitpunkt wird auch über den genauen Inhalt und die tatsächlichen Kosten des Projekts entschieden.

Der Landrat hat am 31.01.2019 mit 49:35 Stimmen bei 0 Enthaltungen dem Landratsbeschluss betreffend Oberwil, Ausbau Langmattstrasse zugestimmt. Der Regierungsrat empfiehlt den Stimmberechtigten ebenfalls zuzustimmen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



BS

Grossratsbeschluss vom 13. Februar 2019 betreffend Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes

JA (56.10%)
36.17%

Stimmbeteiligung

Das geltende Übertretungsstrafgesetz stammt aus dem Jahr 1978. Teilweise weist es kaum mehr gebräuchliche oder missverständliche Formulierungen auf. Einzelne Sachverhalte entsprechen den heutigen Lebensgewohnheiten nicht mehr. Im Verlauf der Jahre wurden zudem neue Übertretungstatbestände teilweise in andere kantonale Erlasse eingefügt. Dies hat zu einer gewissen Uneinheitlichkeit und Unübersichtlichkeit geführt. Das Übertretungsstrafgesetz des Kantons BS ist deshalb vollständig revidiert worden.

Das revidierte Übertretungsstrafgesetz beinhaltet nur noch Übertretungstatbestände, die keinen Bezug zu einem anderen kantonalen Erlass haben. Neu geschaffen wurden u.a. ein Taubenfütterungsverbot und die Möglichkeit, Freierinnen und Freier zu bestrafen, die ausserhalb der Toleranzonen Prostitutionsdienstleistungen nachsuchen oder in Anspruch nehmen. Im Gesetz über den Denkmalschutz wird zudem eine Sanktionsmöglichkeit bei Widerhandlungen gegen Bestimmungen des Denkmalschutzes geschaffen.

Gegen den Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen. Kritisiert werden einzig die revidierten Lärmvorschriften, namentlich, dass Lautsprecher neu zwischen 07.00 Uhr und 22.00 Uhr im öffentlichen Raum ohne Bewilligung benutzt werden dürfen.

Mit dem revidierten Übertretungsstrafgesetz werden auch die kantonalen Lärmvorschriften geändert: Die Nachtruhe dauert neu von 23.00 Uhr bis 07.00 Uhr (bisher von 22.00 Uhr bis 07.00 Uhr). Lautsprecheranlagen oder in elektronischen Geräten (zum Beispiel Smartphones) verbaute Lautsprecher dürfen neu zwischen 07.00 Uhr und 22.00 Uhr im öffentlichen Raum ohne Bewilligung benutzt werden. An Ruhetagen sowie zwischen 22.00 Uhr und 07.00 Uhr ist die Nutzung weiterhin nur mit einer Bewilligung erlaubt. Zu jeder Uhrzeit gilt generell, dass kein Lärm verursacht werden darf, der über das üblicherweise zu tolerierende Mass hinausgeht.

Gegnerinnen und Gegner kritisieren vor allem die Streichung der Bewilligungspflicht für Lautsprecher auf der Allmend. Eine Zunahme der Lärmimmissionen für alle sei zu erwarten. Die allgemein gehaltene Bestimmung, dass Lärm, «[...] der über das üblicherweise zu tolerierende Mass am fraglichen Ort und zur fraglichen Zeit hinausgeht, gebüsst werden kann», sei nicht fassbar. Die Bewilligungspflicht erfordere nicht die Schaffung eines neuen Verbots, sondern sei Fortsetzung einer bewährten Regelung. Mit der Streichung der Bewilligungspflicht werde ein unnötiges zusätzliches Konfliktpotential im öffentlichen Raum geschaffen. Andere grosse Schweizer Städte (Zürich, Winterthur, Aarau) und stadtnahe Gemeinden des Kantons BL (Allschwil, Muttenz) haben aus guten Gründen an der Lautsprecherbewilligung festhalten. Weiter weisen die Gegnerinnen und Gegner darauf hin, dass der Nutzung der Allmend als Erlebnisraum in den vergangenen Jahren stark zugenommen habe. Der Attraktivität halber müsse ein Ausgleich zwischen Wohn- und Erlebnisraum geschaffen werden.

Der *Regierungsrat* befürwortet die Revision, weil das totalrevidierte übersichtlich und modern sei. Die allgemeine Systematik werde verbessert und veraltete Tatbestände gestrichen. Die Lärmvorschriften seien zeitgemäss und ausgewogen. Die neuen Lärmvorschriften des Übertretungsstrafgesetzes würden den heutigen Lebensgewohnheiten entsprechen und einen politisch breit abgestützten Kompromiss darstellen, der die unterschiedlichen Interessen ausgewogen berücksichtigt. Namentlich werde dem berechtigten Bedürfnis der Anwohnenden nach Nachtruhe Rechnung getragen: An Ruhetagen sowie zwischen 22.00 und 07.00 Uhr dürfe man weiterhin ohne Bewilligung keine Lautsprecher benutzen. Personen, die im öffentlichen Raum Musik hören, müssen auch tagsüber Regeln befolgen und die Lautstärke anpassen. Für Lautsprecher bei Veranstaltungen und Standaktionen brauche es gemäss Strassenverkehrsverordnung auch künftig eine Bewilligung.

An seiner Sitzung vom 13.02.2019 stimmte der Grosse Rat der Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes mit 73 gegen 14 Stimmen zu.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



1. Initiative populaire 162 « Construisons des logements pour toutes et tous : Une priorité en période de pénurie! »

OUI (50.40%)
36.82%

Participation

Cette initiative populaire propose de modifier la loi d'application de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire, du 04.06.1987 (LaLAT). Elle a pour objectif, tant que sévit la pénurie de logements, à savoir un taux de vacance des logements inférieur à 2%, de rendre obligatoire le recours à la zone de développement (cf. encadré p. 14) en cas de projet de modification des limites de zones ayant pour but de construire des logements. La création de zone ordinaire serait donc exclue dans ces cas.

Pour *les initiants*, la construction de logements doit répondre à un besoin d'intérêt général et le marché libre ne permet pas de fournir des logements pour toutes et tous. C'est pourquoi une régulation étatique s'impose, notamment en matière de logements sociaux.

L'initiative 162 prévoit donc de contraindre le Conseil d'Etat à proposer des déclassements de terrain uniquement en direction de la zone de développement (cf. encadré p. 14) tant que durera la pénurie (soit moins de 2% de logements vacants, alors qu'aujourd'hui le taux de vacance n'est que de 0.54%). Car la zone de développement est la seule zone constructible pour du logement qui permet à l'Etat d'intervenir pour réguler les prix, contrôler le type de construction, prévoir du logement social et s'assurer du financement des équipements collectifs.

La zone ordinaire ne bénéficierait ni aux locataires, ni aux ménages désireux d'acquérir un appartement en PPE, ni aux communes, ni à l'intérêt général : elle ne bénéficierait qu'aux intérêts financiers des propriétaires et promoteurs immobiliers.

Une *majorité du Grand Conseil* constate que la plupart des déclassements sont déjà effectués en zone de développement. Les cas de déclassement en zone ordinaire restent exceptionnels et ne concernent que des situations particulières. Elle a également pris acte de ce que le Conseil d'Etat, sans prendre position sur l'initiative, a tout de même indiqué ne pas souhaiter limiter sa marge de manœuvre comme le demande l'initiative. Les contraintes imposées par l'initiative se révèlent d'ailleurs superflues, puisque le Conseil d'Etat a rappelé être particulièrement favorable à la zone de développement.

Pour la majorité du Grand Conseil l'initiative conduirait par sa rigidité à ralentir le rythme de production des logements alors que celui-ci a augmenté ces dernières années et que le taux de vacance des logement est lui aussi à la hausse. En réduisant uniquement la marge de manœuvre du Conseil d'Etat, l'initiative ne changera par ailleurs rien au fait que le Grand Conseil reste seul compétent au final en matière de déclassement, y compris en zone ordinaire.

Une *première minorité du Grand Conseil* estime que l'initiative ne fait que formaliser une pratique politique vieille de 60 ans et qui a fait ses preuves, selon laquelle le déclassement de terrains en zone de développement est la norme. Cette pratique semble cependant être remise en question par une majorité du Grand Conseil...

Une *seconde minorité du Grand Conseil* relève que la pénurie de logements et la progression des prix pratiqués à la location et à la vente ont un impact direct sur la population genevoise et la capacité financière des ménages. Si rien n'est entrepris, cet état de fait va empirer et les citoyen-ne-s seront toujours plus nombreux à ne pas trouver de logement ou à ne pas pouvoir payer les loyers pratiqués. La zone de développement est la seule zone constructible pour du logement qui permette à l'Etat d'intervenir pour réguler les prix, de contrôler le type de construction, de s'assurer du financement des équipements collectifs et de s'opposer à la spéculation immobilière pour construire les logements nécessaires.

La zone de développement, un outil de lutte contre la spéculation

La zone de développement est un outil d'aménagement du territoire qui date de 1957. Le but premier de cette zone est de lutter contre la spéculation immobilière, lutte qui est une injonction constitutionnelle³.

Cet outil de régulation sert la République et canton de GE depuis plus de 60 ans et a été maintenu, développé et privilégié par l'ensemble des Gouvernements, au-delà des clivages gauche-droite. Aujourd'hui, 80% des logements construits le sont dans la zone de développement, qui est devenue l'outil principal du développement territorial.

Les avantages offerts par la zone de développement sont les suivants :

- Le contrôle du prix de location ou de vente des nouveaux logements pendant 10 ans ;
- Des proportions minimales de logements sociaux afin de s'assurer que l'on construise des logements pour toutes et tous ;
- L'accès à la propriété pour usage personnel, avec la loi Longchamp, qui permet l'achat pour des acquéreurs qui veulent habiter le logement, en excluant les acquisitions à titre d'investissement ;
- La cession de terrains au profit du domaine public, puisqu'en développant des nouveaux quartiers il est important de créer des parcs, des espaces pour les équipements, des écoles et tout ce qui pourrait bénéficier à la vie du quartier.

Selon des chiffres de l'Office cantonal de la statistique (OCSTAT), le prix moyen du m² de la propriété par étage (PPE) en zone ordinaire (soit hors de la zone 5 villas) est de CHF 8'907.-. Or en zone de développement, le prix au m² d'un appartement en PPE se monte à CHF 6'867.-, donc 29% de moins.

Source : brochure cantonale, p. 12

Le *Conseil d'Etat*, tout en soutenant les intentions politiques de l'initiative, n'entend pas prendre position sur cette dernière. Il estime que son objectif est conforme à la politique du logement de l'Etat de GE, mais que ce texte aurait pour conséquence d'ajouter une contrainte supplémentaire et une couche législative non nécessaire au système actuel qui a fait ses preuves.

³ Cf. Art. 178 al. 5 [Constitution de la République et canton de Genève](#), du 14.10.2012, RSG A 2 00.

Le Grand Conseil lors de sa séance du 06.06.2019 a refusé l'initiative 162 par 50 non contre 36 oui et 0 abstention.

2. Initiative populaire 163 « Pour un pilotage démocratique de l'aéroport de Genève – Reprenons en main notre aéroport »

OUI (56.27%)
36.82%

Participation

Cette initiative populaire propose d'insérer dans la constitution genevoise une disposition relative à l'Aéroport international de Genève.

Selon les initiants, l'insertion de cette disposition dans la constitution cantonale permettrait à l'Etat de maîtriser le développement de l'aéroport en tenant compte autant de la qualité de vie de la population riveraine et de l'environnement que des besoins économiques. Dans cette optique, la soumission au Grand Conseil d'un rapport relatif aux actions entreprises et aux principaux objectifs à moyen et long termes devrait intervenir régulièrement.

La majorité du Grand Conseil a refusé cette initiative et a accepté le principe d'un contreprojet (cf. ci-dessous objet N° 3 p. 18).

L'Aéroport international de Genève (ci-après : l'AIG) est une infrastructure importante pour le canton de GE, en termes d'emplois, d'activité économique, ainsi que pour la Genève internationale. Mais l'activité aéroportuaire engendre également d'importantes pollutions sonores et atmosphériques. C'est pourquoi il est essentiel que son développement soit concerté et maîtrisé, pour ne pas imposer à la population et à l'environnement d'importantes nuisances.

L'initiative pour un pilotage démocratique de l'aéroport vise deux objectifs :

- *Maîtriser le développement de l'aéroport* en prenant en compte les besoins prioritaires de la population, de l'économie et de l'environnement, et cela pour préserver la santé de la population, le climat, la valeur du sol et la qualité de l'air, dans le respect des trois piliers du développement durable (économique, social et environnemental).
- *Mettre en œuvre une véritable concertation*, pour assurer l'équilibre entre les intérêts de la population, de l'environnement, des organisations internationales et des entreprises locales. Toute la région serait gagnante grâce à un développement concerté misant sur la qualité du service et le respect des riverain-e-s.

Le nombre de passagers à l'aéroport de Genève a plus que doublé ces quinze dernières années, dépassant désormais 17 millions par an. Les nuisances ont crû, en particulier le bruit par l'augmentation de la fréquence des vols – jour et nuit –, la pollution de l'air, ainsi que les émissions de CO₂, responsables du réchauffement climatique. Cette situation ne devrait pas s'améliorer : en 2030, 25 millions de passagers et 236'000 vols par année sont prévus, ce qui représente un avion qui décolle ou atterrit toutes les 90 secondes. Les autorités notent de leur côté qu'après une augmentation régulière du trafic de passagers au cours des dernières années, les mouvements aéronautiques ont stagné depuis 2016, et diminué en 2018 (-1,9%).

Les autorités cantonales rappellent de leur côté que l'AIG est un établissement de droit public autonome, soumis à un cadre légal abondant, en majorité fédéral, notamment en termes de mesures de protection

de l'environnement et de la santé, la concession d'exploitation étant d'ailleurs accordée par la Confédération.

Pour *la majorité du Grand Conseil*, l'adoption du texte de l'initiative, qui passe sous silence la notion d'autonomie de l'AIG, entraînerait une incohérence avec la loi sur l'organisation des institutions de droit public (LOIDP) entrée en vigueur en 2018. Il pourrait également y avoir des problèmes d'interprétation des normes compte tenu de la primauté du droit fédéral sur le droit cantonal.

La majorité relève encore que le cadre légal existant assure déjà le contrôle public de l'AIG à tous les niveaux, grâce à une composition équilibrée de son Conseil d'administration, qui doit rendre compte au Conseil d'Etat, notamment de la façon dont les objectifs pour limiter les nuisances dues au trafic aérien sont planifiés puis mis en œuvre.

Pour *une minorité du Grand Conseil*, compte tenu de la situation urbaine de l'AIG, des buts contraignants ambitieux à même de protéger la santé de la population devraient être retenus, ce qui n'est par exemple pas le cas des courbes visant à plafonner le bruit prévues dans le PSIA ([Plan sectoriel de l'infrastructure aéronautique](#)).

Elle considère que l'initiative est une meilleure réponse au développement maîtrisé de l'AIG, particulièrement en termes de régulation des nuisances sonores et environnementales, puisqu'elle fixe un objectif clair à cet égard, de même que l'obligation pour l'Etat et l'AIG de rendre compte de leurs actions.

Le *Conseil d'Etat*, tout en partageant les préoccupations de la population en termes de santé publique, recommande de refuser cette initiative. Le scénario prévoyant 25 millions de passagers à l'horizon 2030 ne doit en aucun cas être considéré comme un objectif à atteindre. L'adaptation des infrastructures aéroportuaires en cours et projetées ne dépend pas de cela, mais d'un nécessaire rattrapage et d'une amélioration qualitative de celles-ci.

Par ailleurs, le Conseil d'Etat est d'avis que l'autonomie de l'AIG est indispensable à la bonne marche de l'infrastructure, en raison notamment des relations quotidiennes qu'il convient d'entretenir avec la Confédération sur le plan opérationnel. Le Conseil d'Etat estime que le modèle proposé par les initiants poserait des difficultés de mise en œuvre.

Le Grand Conseil lors de sa séance du 22.02.2018 a refusé l'initiative par 57 non contre 31 oui et 1 abstention.

Toutefois, partageant la volonté des initiants de renforcer la protection contre les nuisances en relation avec le bon développement de la plateforme, le Grand Conseil a estimé nécessaire de lui opposer un contreprojet, auquel les initiants s'opposent (cf. point 3 page 17).

Les initiants considèrent que l'initiative – contrairement au contreprojet qui figerait dans la Constitution la situation actuelle, insatisfaisante – entend apporter des réponses ; de fait, si elle était acceptée :

- La limitation des nuisances ferait partie de l'action de l'Etat dans ses décisions relatives à l'aéroport, alors que le contreprojet donne la priorité à la qualité de la desserte au détriment de l'environnement et de la qualité de vie.
- Les autres politiques publiques seraient respectées, en particulier la santé, l'aménagement du territoire et l'environnement, alors que le contreprojet, s'il mentionne la limitation des nuisances, la conditionne directement à des intérêts économiques non définis.

- La concertation serait étendue, pour permettre un débat démocratique sur la planification de l'aéroport en intégrant les communes, alors que le contreprojet laisse le gouvernement piloter seul ses rapports avec l'aéroport.

3. Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (Contreprojet à l'IN 163)

(A 2 00 – 12435) du 28 février 2019

NON (54.15%)
36.82%

Participation

A la suite de son refus de l'initiative populaire 163 « Pour un pilotage démocratique de l'aéroport de Genève – Reprenons en main notre aéroport » (cf. ci-dessus objet N° 2 page 15), une majorité du Grand Conseil a accepté le principe d'un contreprojet.

Celui-ci (soit la loi 12435, objet N° 3 de ces votations GE) rappelle expressément l'autonomie de l'Aéroport international de Genève (ci-après : l'AIG) et est axé sur la notion d'*équilibre* entre la vitalité économique de la plateforme et les exigences liées au développement durable et à la diminution des nuisances. Une référence expresse à la convention d'objectifs signée au début de chaque législature est faite, afin de donner un poids supplémentaire à cet instrument contraignant et indispensable au contrôle démocratique des activités de l'AIG.

Deux minorités du Grand Conseil s'opposent au contreprojet.

La *majorité du Grand Conseil* soutient ce texte qui entend préserver la vitalité de l'AIG – infrastructure cruciale pour l'économie genevoise – et ambitionne d'améliorer la qualité de la desserte aérienne de façon à répondre aux besoins de la population, des entreprises et de la Genève internationale, tout en prenant en compte la nécessité de protéger la population contre les nuisances et de se donner les moyens de maîtriser les impacts de l'activité aéroportuaire sur la santé, l'urbanisation, le trafic et l'environnement

Ces différents éléments reflètent parfaitement les objectifs importants souhaités par le Conseil d'Etat dans les divers instruments légaux et réglementaires – fédéraux et cantonaux – adoptés ces dernières années, soit en particulier le protocole de coordination signé le 12.06.2016 et la fiche spécifique à l'AIG du PSIA ([Plan sectoriel de l'infrastructure aéronautique](#)), adoptée par le Conseil fédéral

Une *première minorité du Grand Conseil* soutient que l'initiative 163 apporterait une meilleure réponse au développement maîtrisé de l'AIG, particulièrement en termes de régulation des nuisances sonores ou environnementales comme la pollution de l'air. Comme le développement de l'AIG s'appuie sur une prévision d'évolution du trafic aérien répondant aux demandes des compagnies aériennes plus qu'à celles des populations concernées, il conviendrait d'introduire un réel frein, par le biais de la disposition constitutionnelle proposée par l'initiative.

Une *seconde minorité du Grand Conseil* soutient aussi que la croissance continue de l'AIG n'est pas inéluctable. L'Etat doit indubitablement repenser les prix pratiqués, afin de stopper la dégradation des zones à proximité de l'infrastructure aéroportuaire et la baisse de la valeur immobilière des biens proches.

Quant au *Conseil d'Etat*, il est convaincu que le contreprojet à l'initiative est une opportunité de faire comprendre à tous la nécessité de maîtriser le développement de l'AIG et de diminuer les nuisances induites, tout en préservant cet outil indispensable pour l'activité et le rayonnement de GE. Mentionner

expressément la qualité de la desserte aérienne permet de mettre l'accent sur la volonté de s'orienter vers une évolution résolument qualitative et non quantitative.

Par ailleurs, il faut savoir que la législation environnementale qui régit l'AIG est principalement fédérale et le cadre d'évolution est fixé par la fiche PSIA spécifique à l'AIG et adoptée par le Conseil fédéral le 14.11.2018. Le contreprojet respecte ainsi le droit supérieur et évite les risques de conflits entre le canton et la Confédération.

La loi 12435 a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 28.02.2019 par 56 oui contre 42 non et 1 abstention.

4. Question subsidiaire : Si l'initiative (IN 163 « Pour un pilotage démocratique de l'aéroport de Genève – Reprenons en main notre aéroport » et le contreprojet sont acceptés, lequel des deux a-t-il la préférence?

Initiative 163? Contreprojet?

Participation

Initiative (55.04%)

36.82%

Si l'initiative 163 et le contreprojet sont acceptés tous les deux par le peuple, c'est le résultat de la question subsidiaire qui déterminera lequel des deux l'emporte. En effet, la constitution de la République et canton de GE prévoit que, si le Grand Conseil oppose un contreprojet à une initiative, le peuple se prononce indépendamment sur chacune des deux questions, puis indique sa préférence en répondant à une question subsidiaire (art. 63 al. 3).

5. Initiative populaire 164 « Pour un meilleur contrôle de l'expérimentation animale »

Participation

NON (64.42%)

36.82%

Cette initiative populaire propose l'adoption d'une *nouvelle* loi cantonale sur le contrôle de l'expérimentation animale, reprenant et modifiant les dispositions relatives à la commission cantonale pour les expériences sur les animaux figurant dans le règlement d'application de la loi fédérale sur la protection des animaux⁴.

L'initiative prévoit notamment d'accorder à chaque membre de la commission un droit individuel de recours contre une autorisation délivrée par l'autorité cantonale, ainsi qu'un droit de mandater à ses frais un expert indépendant, tout en le déliant de son secret de fonction. Elle vise également à octroyer aux candidats et aux organismes dont les candidats à la commission n'ont pas été retenus un droit de recours contre les décisions de nomination.

Le *Comité d'initiative* constate qu'on expérimente aujourd'hui en Suisse plus d'animaux dans les Hautes écoles que dans les industries pharmaceutiques. Dans le canton de GE, cette augmentation serait même

⁴ [Règlement d'application de la loi fédérale sur la protection des animaux \(RaLPA\)](#), du 15.06.2011; RSG M 3 50.02.

particulièrement élevée. Le nombre d'animaux expérimentés est passé de 29'219 en 2014, à 42'065 animaux en 2018, soit une augmentation de 43.96% en quatre ans. Une centaine de nouvelles expériences sont autorisées chaque année et environ 300 expériences sont en cours. Dans la plupart des cas, il s'agit d'expériences effectuées dans les laboratoires de l'Université de Genève, et il ne s'agirait donc pas de développer un nouveau médicament, mais de simplement répondre à une question scientifique et, pour l'Université, de produire des publications qui doivent contribuer à sa renommée.

La législation fédérale impose à chaque canton qui autorise des expériences sur les animaux de créer une commission « indépendante de l'autorité », composée de spécialistes et dont les membres issus de la protection des animaux sont « adéquatement représentés »⁵. L'indépendance de la commission est essentielle, tant les pressions sont fortes sur les autorités pour qu'elles favorisent les intérêts des milieux de la recherche. Malheureusement, il semble bien que seul le canton de ZH accorde un véritable droit de recours à sa commission depuis de nombreuses années, les autres cantons ayant institué des « commissions-alibi ». Pour les initiants, l'exemple ZH doit servir de modèle.

En conclusion, le comité d'initiative recommande un vote positif pour les raisons suivantes :

- La loi bloquerait les mauvais projets d'expérimentation animale, qui sont un gaspillage de fonds publics.
- La loi serait sans coût supplémentaire pour la collectivité publique.
- La loi n'entraverait pas la recherche.
- La loi garantirait enfin l'indépendance de la commission.

De son côté *le Grand Conseil* estime que l'initiative 164 peut induire en erreur par son titre, qui évoque une amélioration du droit des animaux, alors que la plus grande partie de son contenu reprend des dispositions existantes et que l'initiative semble être motivée par la volonté des initiants d'imposer une association au détriment des autres. Ainsi, l'initiative prévoit que seuls des représentants « issus d'organisations actives dans le domaine de l'expérimentation animale » puissent être nommés au sein de la commission et qu'« à défaut, des représentants d'autres organismes de protection des animaux peuvent être sollicités », ce qui reviendrait de fait à donner la priorité aux initiants, soit les membres de la Ligue suisse contre la vivisection (LSCV), au détriment des candidatures et compétences d'au moins trois autres organismes de protection des animaux actifs à GE.

Pour ce qui concerne la Commission cantonale pour les expériences sur les animaux, dans sa composition actuelle qui est reprise par l'initiative, elle comprend une majorité de membres (4 sur 7) indiscutablement favorables à la cause animale, ce qui en fait un cas unique en Suisse.

L'initiative demande ensuite qu'un droit de recours soit octroyé à chaque candidat-e qui n'aurait pas été nommé-e au sein de la commission et que ce droit de recours soit également étendu à l'organisme qui aurait proposé cette candidature. Un tel droit de recours, dont le financement n'est pas abordé par l'initiative, paralyserait le fonctionnement de la commission et priverait de fait le Conseil d'Etat de la compétence de désigner ses membres.

L'initiative demande enfin que chaque membre de la commission puisse, à titre individuel et tout en étant automatiquement délié du secret de fonction, bénéficier d'un droit de recours en justice contre la décision de l'autorité et faire appel à un-e expert-e extérieur-e pour se prononcer sur un projet à préavis. La

⁵ Cf. Art. 34 al. 1 de la [Loi fédérale sur la protection des animaux \(LPA\)](#), du 16.12.2005 ; RS 455.

levée automatique du secret de fonction semble problématique pour la protection des données selon l'avis de l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires, tandis que le principe d'un droit de recours individuel est contraire au principe démocratique de collégialité devant prévaloir au sein d'une commission et risquerait de bloquer le processus d'octroi des autorisations au point d'entraver la recherche elle-même.

Le *Conseil d'Etat* de son côté recommande de refuser l'initiative 164 car il estime qu'elle n'apporte aucune amélioration, ni pour le bien-être animal, ni pour le contrôle des expériences sur les animaux et des animaleries. De plus, elle risquerait de retarder, voire de paralyser les démarches pour obtenir une autorisation d'effectuer une expérimentation, ce qui pénalisera la recherche médicale à Genève.

Lors de sa séance du 28.02.2019, le Grand Conseil a refusé l'initiative par 61 non contre 0 oui et 20 abstentions.

6. Loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (Pour une limitation drastique des produits phytosanitaires à Genève) (A 2 00 – 12204) du 7 juin 2019

Participation

OUI (89.41%)
36.82%

Cette loi constitutionnelle a été initiée par des députés et adoptée par le Grand Conseil.

Elle a pour objectif de réduire les risques liés à l'utilisation de produits phytosanitaires, qui sont des matières actives employées pour protéger les plantes contre des ennemis des cultures. Ces produits se présentent essentiellement sous la forme d'herbicides, de fongicides ou d'insecticides. Ils peuvent avoir des effets indésirables sur la santé de l'homme et sur l'environnement.

Cette nouvelle disposition constitutionnelle charge l'Etat de prendre des mesures afin de réduire les risques liés à l'utilisation des produits phytosanitaires. En outre, l'Etat doit encourager le développement de méthodes alternatives permettant de limiter leur usage.

L'utilisation des produits phytosanitaires est actuellement largement débattue en Suisse comme à l'étranger. Au cours des dernières décennies, la Suisse a mis en œuvre une politique de protection intégrée et biologique des végétaux qui préconise en priorité les mesures non chimiques, pour autant que celles-ci soient disponibles, efficaces et supportables au plan économique.

La Confédération a dans ce sens adopté, en septembre 2017, un plan d'action visant la réduction des risques et l'utilisation durable des produits phytosanitaires. La mise en œuvre de ce plan doit permettre de réduire de moitié les risques actuels et de renforcer les principes de durabilité dans leur utilisation. Les statistiques de l'Office fédéral de l'agriculture couvrant la période 2008-2017 mettent en avant une baisse des ventes de 27% des produits phytosanitaires utilisés pour l'agriculture conventionnelle et de 29% pour les herbicides. Dans le même temps, une hausse des ventes de 40% pour les produits utilisés en agriculture biologique est observée.

Le monde agricole est conscient de cette réalité et développe depuis de nombreuses années des mesures de production intégrée et biologique. Les statistiques de l'Office fédéral de l'agriculture couvrant la période 2008-2017 mettent ainsi en avant une baisse des ventes de 27% des produits phytosanitaires

utilisés pour l'agriculture conventionnelle et de 29% pour les herbicides. Dans le même temps, une hausse des ventes de 40% pour les produits utilisés en agriculture biologique est observée.

Les agriculteurs genevois doivent cependant faire face à des incertitudes économiques et climatiques. La transition vers une agriculture toujours plus durable doit être accompagnée. Pour cette raison, l'Etat doit prendre des mesures préventives, développer des méthodes de lutte alternatives visant à la réduction de l'utilisation des produits phytosanitaires, encourager la réduction des émissions de ceux-ci et soutenir la recherche de nouvelles solutions.

Le *Grand Conseil* soutient largement les buts visés par le texte proposé, aucun député ne s'y étant opposé. La loi soumise en votation vise à réduire les risques liés à l'utilisation des produits phytosanitaires, ce qui impliquera de privilégier les produits les moins impactants, les plus spécifiques et avec le moins d'effets secondaires possible. Le parlement cantonal considère en effet qu'il faut agir de manière dynamique et non pas uniquement réduire la quantité de produits utilisés. A cet effet, il préconise le soutien de l'Etat qui peut être de nature économique, technique ou les deux à la fois. La question s'est toutefois posée sur l'opportunité de placer une telle disposition dans la constitution plutôt que dans une loi, mais il a été décidé que cette préoccupation contemporaine, qui figure au centre du débat sociétal, soit portée au niveau de la constitution cantonale.

Le *Conseil d'Etat* soutient également cette loi constitutionnelle, qui renforce les actions déjà entreprises dans ce domaine. Les producteurs ne peuvent surmonter seuls le défi d'une baisse généralisée de l'utilisation des produits phytosanitaires et doivent impérativement être accompagnés. Une stratégie cantonale, complémentaire au plan de réduction des risques de la Confédération, a été élaborée dans ce but et est d'ores et déjà engagée. Cette transition doit passer par des outils incitatifs, notamment financiers, par de la recherche appliquée et par du conseil technique aux professionnels, tel que le prévoit le texte soumis à votation. Des techniques alternatives (mécaniques, biotechniques, etc.) doivent également être développées et déployées sur le terrain. L'objectif final est d'encourager le dynamisme économique et durable de l'agriculture genevoise tout en prenant soin de la santé publique et de l'environnement.

La loi 12204 a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 07.06.2019 par 77 oui contre 0 non et 1 abstention.

7. Loi modifiant les limites de zones sur le territoire de la commune du Grand-Saconnex (création d'une zone de développement 3 affectée à des activités administratives et commerciales, d'une zone de développement 3 affectée à de l'équipement public, d'une zone de développement 3 affectée à de l'équipement public et à des constructions et installations sportives et d'une zone de verdure, au lieu-dit « Pré-du-Stand ») (12293), du 24 janvier 2019

OUI (50.01%)⁶
36.82%

Participation

⁶ Accepté par 15 voix d'écart le dimanche, puis rejeté par 9 voix le lendemain après un recomptage des bulletins (45'537 OUI contre 45'546 NON). Par un arrêt daté du 03.06.2021, le Tribunal fédéral a suivi la justice genevoise et a rejeté le dernier recours contestant le résultat de cette votation, désormais acceptée.

Cette loi 12293 a pour objet la modification des limites de zones au lieu-dit « Pré-du-Stand » qui se situe au nord-ouest de la commune du Grand-Saconnex en zone agricole.

Le référendum a été demandé.

Pour ses promoteurs, la loi devrait permettre :

- la réalisation d'un pôle football dédié à la formation de la relève du football genevois autour du Servette FC, en remplacement du site actuel de Balexert ;
- la construction d'un nouveau cycle d'orientation sur le site de Balexert ainsi libéré ;
- la construction de nouveaux logements à terme sur les terrains situés sur la presqu'île d'Aïre occupés par l'actuel cycle d'orientation du Renard.

Le projet prévoit aussi de compléter les installations sportives communales.

La loi 12293 permettrait également la construction d'un centre de secours intercommunal ainsi que d'équipements de loisirs communaux. Un parc public pourra être réalisé dans ce périmètre, et des activités du secteur tertiaire pourront être développées dans ce secteur stratégique entre l'aéroport, le centre-ville et les organisations internationales.

Le long de l'autoroute, la réalisation d'un talus arboré pourrait être projetée afin de réduire le bruit autoroutier et celui des avions au sol et de créer une continuité écologique et paysagère.

La loi 12293 a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 24.01.2019 par 54 oui contre 35 non et 5 abstentions. Le référendum a été lancé.

Pour une *première minorité du Grand Conseil*, le projet comporte plusieurs défauts. La recherche d'optimisation du sol ne paraît pas cohérente au regard du programme de bureaux annoncé et de la sur-offre constatée en la matière dans le canton. De plus l'analyse des besoins concernant l'utilisation des terrains de football est insuffisante et ne permet pas de renseigner sur la pertinence d'ajouter deux nouveaux terrains à l'offre actuelle existant à Balexert. Compte tenu de sa position, la question de l'opportunité d'urbaniser ce terrain qui s'insère dans une continuité verte se pose, de même que celle de la forte pollution du secteur, incompatible avec la pratique d'efforts physiques en extérieur.

Une *seconde minorité du Grand Conseil* invite à rejeter ce projet afin d'empêcher la disparition de 12 hectares de zone agricole pour la création de 90'000 m² de bureaux alors que le canton de GE compte déjà 150'000 m² de bureaux vides et très peu de réserves de surfaces d'assolement pour la création de logements. De plus, la qualité de l'air y serait inacceptable pour accueillir des jeunes sportifs, de nombreux seuils étant dépassés aux abords, notamment celui fixé pour le dioxyde d'azote. Enfin, la minorité considère que cette opération constituerait un enchevêtrement financier, administratif et urbanistique manquant de lisibilité.

Le *Conseil d'Etat* prend position en faveur de cette loi. Situé dans un secteur favorable pour accueillir de nouvelles activités, l'aménagement du périmètre permettrait d'offrir des installations sportives indispensables. Ce faisant, il permettrait la construction d'un nouveau cycle d'orientation à Balexert, nécessaire pour résorber la hausse d'effectifs issue du développement des nouveaux quartiers. Enfin, il permettrait de construire des logements supplémentaires sur le site actuel du CO du Renard à Aïre.

Pour le *comité référendaire*, il en va tout autrement. Alors que les conséquences du réchauffement climatique se font toujours plus ressentir, il est essentiel de s'opposer à un projet qui contribuerait à détruire l'environnement pour le seul profit de quelques promoteurs.

A l'heure où la population réclame une agriculture de proximité qui permette une alimentation à base de produits locaux, les terres cultivables se font toujours plus rares à GE. Privilégier des circuits courts pour l'approvisionnement alimentaire devrait être une exigence. Or, le projet du Pré-du-Stand supprimerait une zone agricole où l'on produit annuellement plus de 100 tonnes de céréales.

De plus, les terres agricoles ont la capacité de réguler la chaleur et d'absorber le bruit. Bétonner ces terres contribuerait donc à aggraver l'îlot de chaleur urbain et à amplifier le bruit de l'aéroport et de l'autoroute.

Enfin, en sacrifiant ces terres agricoles, on s'approcherait dangereusement de la limite minimale légale fédérale de surface de terres cultivables dans le canton. En dessous de cette limite, il ne sera plus possible de déclasser des terrains non bâtis. En construisant au Pré-du-Stand, on empêcherait par exemple la construction de 2'000 logements abordables ailleurs.

8. Loi modifiant les limites de zones sur le territoire de la commune de Genève – section Petit-Saconnex (création d'une zone de développement 3 au lieu-dit « Les Crêts »)

(12316) du 25 janvier 2019

NON (50.06% après recomptage)

Participation

36.82%

La loi 12316 a pour objet la modification des limites de zones au lieu-dit « Les Crêts », au Petit-Saconnex, sur le territoire de la Ville de Genève.

La loi vise à permettre la construction, à terme, d'environ 200 logements. Le secteur est bien desservi par les transports collectifs et situé à proximité immédiate d'infrastructures scolaires, commerciales et sportives. Ayant fait l'objet d'un référendum communal, les électeurs et électrices de la Ville de Genève ont en mars 2018 accepté le préavis positif du Conseil municipal.

Le référendum a été demandé.

Aux yeux des autorités, le projet proposé est en phase avec les planifications directrices communales et cantonales qui préconisent le développement de quartiers vivants, proches des axes de transports, dans le respect des qualités patrimoniales des sites. Il répond aux objectifs d'aménagement du plan directeur cantonal (PDCn) 2030 qui prévoit une densification différenciée de la couronne urbaine, plus particulièrement dans les secteurs bien desservis par les transports publics. Il est également en conformité avec le plan directeur communal (PDCom) 2020 de la Ville de Genève.

La *majorité du Grand Conseil* estime que le plan localisé de quartier (PLQ) valant plan de site envisagé sur le secteur permettrait de garantir une bonne insertion de la densification sur ce secteur qui présente des caractéristiques à mettre en valeur et à conserver. Il permettrait de préserver l'ensemble des constructions présentant un intérêt patrimonial, en particulier les maisons ouvrières et les jardins, en offrant des liaisons entre la partie à développer et les parties à préserver. Les implantations des futurs bâtiments seront majoritairement calquées sur les emprises au sol existantes. La végétation existante

fera l'objet d'une charte paysagère fixant les mesures impératives à respecter. Enfin, une réalisation par étapes est également prise en compte dans l'élaboration du projet.

Une *minorité du Grand Conseil* préconise de renoncer à densifier ce secteur qui assure une certaine mixité sociale et agit comme un poumon de verdure au milieu d'un quartier « sur-densifié ». La minorité considère que la modification de zones envisagée ne permettra pas de sauvegarder les qualités patrimoniales du quartier. Enfin, elle craint que la création d'une zone de développement ne pénalise les propriétaires qui verraient la valeur de leur bien plafonnée. En effet, la minorité rappelle qu'à l'intérieur de la zone de développement, les nouvelles constructions font l'objet d'un contrôle, de la part de l'Etat de GE, des prix admis dans les plans financiers des promoteurs, selon les règles fixées par la [loi générale sur les zones de développement](#)⁷ et son [règlement d'application](#)⁸.

Le *Conseil d'Etat*, lui, prend position en faveur de la loi 12316. Les différentes planifications successives ont en effet identifié ce secteur comme une opportunité cohérente de mutation permettant de créer des logements, tout en favorisant l'accès aux transports en commun, la redynamisation du centre historique et la préservation du patrimoine.

Pour le *comité référendaire*, les choses sont toutes différentes. Le Petit-Saconnex est devenu emblématique de la lutte de toutes les personnes qui s'engagent pour une ville de Genève et un canton plus attentifs à son patrimoine bâti, à ses espaces verts, à une densité moins forte et plus respectueuse de l'humain où il fait encore bon vivre. Le comité souhaite lutter contre le réchauffement climatique, la pollution et l'enlaidissement dus à la sur-densification de Genève. A ses yeux, voter contre ce projet de changement de zone, représenterait un signal fort à un développement durable, maîtrisé et raisonné, en harmonie avec les aspirations des habitants, sans péjorer les intérêts et l'avenir de nos enfants qui ont droit, eux aussi, à un cadre de vie humain.

Comme beaucoup d'autres quartiers, le Petit-Saconnex subit la pression de la densification. Le corollaire de cette course en avant pour le Grand Genève impliquerait une détérioration irréversible de la biodiversité et des ressources naturelles, la disparition du patrimoine, la baisse de la qualité de vie et de la santé de ses habitants.

La loi 12316 a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 25.01.2019 par 78 oui contre 18 non.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

⁷ Loi générale sur les zones de développement (LGZD), du 29.06.1957 ; RSG L 1 35.

⁸ Règlement d'application de la loi générale sur les zones de développement (RGZD), du 20.12.1978 ; RSG L 1 35.01.



**Gesetz über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen
Getränken (Gastgewerbegesetz, GGG)**

Vorlage des Landrates

JA (76.10%)

Gegenvorschlag des Referendumskomitees

NEIN (71.67%)

Stichfrage

Vorlage des Landrates (74.63%)

Stimmbeteiligung

27.55%

Das geltende Gastgewerbegesetz stammt aus dem Jahre 1996. Die Konsum- und Verpflegungsgewohnheiten sowie die Rahmenbedingungen haben sich seither geändert und neue Betriebsformen sind entstanden. In Folge einer Motion, welche eine Überprüfung der Bewilligungsvoraussetzungen und Zuständigkeiten zur Bewilligungserteilung und gleich lange Spiesse für sämtliche Gastronomiebetriebe forderte, wurde das Gastgewerbegesetz unter Einbezug der Branchenverbände einer Totalrevision unterzogen.

Ziel der Revision war es, eine zeitgemässe und einheitliche Bewilligungspraxis sowohl für ordentliche Restaurationsbetriebe als auch die Paragastronomie zu gewährleisten. Mit einem revidierten, verhältnismässig ausgestalteten Gastgewerbegesetz sollte der Schutz der Volksgesundheit gewährt werden.

Das neue Gastgewerbegesetz nach der *Vorlage des Landrats* regelt weiterhin die Bewilligungspflicht und die Betriebsführung aller Arten von Gastwirtschaftsbetrieben und Gelegenheitswirtschaften sowie die Bewilligungspflicht für den Handel mit alkoholischen Getränken. Am Nachweis der fachlichen Voraussetzungen für die Führung eines Gastgewerbebetriebes wurde aufgrund der bislang bewährten Praxis grundsätzlich festgehalten. Diese gilt neu für Take-Aways bereits ab sechs Sitz- oder Stehplätzen. Die fachlichen Voraussetzungen würden formell auf die neuen Bezeichnungen und Berufsbilder angepasst. Im Sinne einer Lockerung wurde auf die zusätzlichen drei Jahre Berufserfahrung verzichtet. Für das Führen von mehreren Betrieben wurde eine ausdrückliche Grundlage geschaffen. Die Pflicht, Toiletten anzubieten, wurde wieder ins Gesetz aufgenommen. Die zulässige Dauer von Gelegenheitswirtschaften würde in der Verordnung festgelegt werden.

Der Landrat hat am 21.11.2018 ein neues Gastgewerbegesetz einstimmig mit 55 Stimmen beschlossen. Gegen dieses Gesetz hat ein Referendumskomitee einen Gegenvorschlag als konstruktives Referendum eingereicht.

Das *Referendumskomitee* fordert im Vergleich mit der Vorlage des Landrates in zwei Punkten eine materielle Änderung. Gemäss dem Gegenvorschlag soll der Nachweis der fachlichen Voraussetzungen mit dem Fähigkeitsausweis als Wirtin oder Wirt sowie mit allen anerkannten Diplomen, Berufslehren und Abschlüssen auf der Tertiärstufe erbracht werden können, auch ohne Bezug zur Gastronomie. Zudem soll eine verantwortliche Person höchstens drei Gastwirtschaften führen können. Die Regelung der Abgaben im Tourismüsförderungsgesetz sei in der Folge formell anzupassen.

Die beiden Vorlagen unterscheiden sich zusammengefasst in folgenden Punkten:

	Vorlage Landrat	Gegenvorschlag
Nachweis von Fachkenntnissen zur Führung eines Gastgewerbebetriebes (Art. 11)	Fähigkeitsausweis als Wirt sowie anerkannte Berufslehre, Fähigkeitsausweis oder Diplom im Bereich Gastwirtschaft, Hauswirtschaft oder Nahrung und Getränke.	Fähigkeitsausweis als Wirt sowie alle anerkannten Diplome, Berufslehren sowie Abschlüsse auf Tertiärstufe, auch ohne Bezug zur Gastronomie.
Ausnahmen vom Nachweis der Fachkenntnisse (Art. 11)	Für folgende bewilligungspflichtige Betriebe ist gemäss Art. 11 Abs. 3 kein Nachweis der Fachkenntnisse erforderlich: Spital- und Heimrestaurants, kleine Kioskwirtschaften und Take-Aways, Jugendherbergen, Alpwirtschaften, Sportplatzwirtschaften, Theater- und Kinowirtschaften, Schützenstuben, Gastwirtschaften in gemeindeeigenen Räumen, Bewirtung in Verkehrsmitteln sowie Gelegenheitswirtschaften.	Es gibt keine Befreiung vom Nachweis der Fachkenntnisse. Für alle bewilligungspflichtigen Betriebe sind hinreichende Fachkenntnisse gemäss Art. 11 nachzuweisen.
Führen mehrerer Betriebe (Art. 22)	Eine verantwortliche Person kann mehrere ordentliche Gastwirtschaften führen. Für jede Gastwirtschaft ist zwingend eine Stellvertretung einzusetzen. Diese ist dem Amt zu melden.	Eine verantwortliche Person kann höchstens drei ordentliche Gastwirtschaften führen. Für jede Gastwirtschaft ist zwingend eine Stellvertretung einzusetzen. Diese ist dem Amt zu melden.

Quelle: Abstimmungsbotschaft, S. 6 f.

In der Volksabstimmung ist zuerst über beide Vorlagen (Vorschlag des Landrats und Gegenvorschlag) separat abzustimmen. Mit den Hauptfragen werden die beiden Vorlagen je einzeln dem geltenden Gesetz gegenübergestellt. Ein doppeltes Ja bzw. doppeltes Nein ist daher zulässig.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsbotschaft](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

Kantonsschule Ausserschwyz (KSA): Ausgabenbewilligung für die Realisierung von Neubauten in Pfäffikon

NEIN (55.43%)
43.1%

Stimmbeteiligung

Die Kantonsschule Ausserschwyz (KSA) wird an den beiden Standorten Pfäffikon (rund 420 Schülerinnen und Schüler) und Nuolen (rund 170 Schülerinnen und Schüler) geführt. Der heutige Betrieb an zwei Standorten hat teilweise aufwendige Abläufe und Doppelspurigkeiten zur Folge. Vor allem aber wird dadurch ein optimales Bildungsangebot erschwert. So ist es beispielsweise aufgrund der ungleichen Schülerzahl nicht möglich, dass allen Schülerinnen und Schülern an beiden Standorten dasselbe umfassende Angebot an Wahlpflicht- und Freifächern angeboten werden kann. Sowohl in Pfäffikon als auch in Nuolen sind umfangreiche Sanierungsarbeiten notwendig.

Ein Neubau der KSA am bestehenden Standort in Pfäffikon ermöglicht die Zusammenführung der beiden Teilschulen. Mit Gesamtkosten von CHF 92 Mio. werden ein Schulgebäude für rund 600 Schülerinnen und Schüler, eine Dreifachsporthalle, eine Aula, eine Mensa sowie Räumlichkeiten für die Berufs- und Studienberatung und für die Aussenstelle der Pädagogischen Hochschule Schwyz erstellt. Zudem kann der Neubau auch vom benachbarten Berufsbildungszentrum genutzt werden. Der Baubeginn erfolgt Ende 2021, die Inbetriebnahme ist auf Beginn des Schuljahres 2024/25 vorgesehen.



Quelle: Erläuterungen, S. 8

Der *Regierungsrat* und die *Mehrheit des Kantonsrats* befürworten das Projekt aus verschiedenen Gründen. Die Zusammenführung der beiden Standorte bringe einen Mehrwert bei tieferen Investitionen als eine Weiterführung der beiden Standorte und entsprechenden Neubau (Standort Pfäffikon) bzw. umfassende Sanierung (Standort Nuolen). Zudem werde das Bildungsangebot verstärkt. Weiter wird ausgeführt, dass der Neubau der kantonalen Bildungsstrategie entspreche. Ausserdem entstünden neue Entwicklungsmöglichkeiten an einem frei werdenden Standort Nuolen und auch die Öffentlichkeit profitiere von der neuen Infrastruktur.

Das *Referendumskomitee* ist gegen den Neubau. Seiner Auffassung nach ist der Neubau zu teuer. Zudem sei er schlecht geplant und entspreche nicht den schulischen Bedürfnissen. Eine Zusammenlegung der zwei Standorte sei nicht notwendig, zudem gebe es günstigere Alternativen, welche den schulischen Bedürfnissen besser entspreche.

Der *Kantonsrat* hat an seiner Sitzung vom 22.05.2019 die Ausgabenbewilligung für den Neubau der Kantonsschule Auszerschwyz in Pfäffikon mit 70 zu 20 Stimmen angenommen.

Weshalb kommt es zur Volksabstimmung? Gemäss § 35 der Kantonsverfassung SZ⁹ unterliegen Ausgabenbeschlüsse des Kantonsrates (mit einer Zustimmung von mehr als drei Viertel an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder) über neue einmalige Ausgaben von mehr als CHF 5 Mio. dem fakultativen Referendum.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Erläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

ZG



**Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz
(Denkmalschutzgesetz, DMSG)**

**JA (65.53%)
44.35%**

Stimmbeteiligung

Grundlage für einen wirksamen Denkmalschutz bildet im Kanton ZG das Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz). Es ist seit 1991 in Kraft. Verschiedene zentrale Bestimmungen wurden in der Revision angepasst.

Verschärft wurden die Kriterien, nach welchen ein Denkmal unter Schutz gestellt werden kann. Weiter sind die Standortgemeinde und die Eigentümerschaft neu vor der Aufnahme eines Objekts ins

⁹ [Verfassung des Kantons Schwyz](#) vom 24.11.2010 (SRSZ 100.100).

Inventar der schützenswerten Denkmäler zur Stellungnahme einzuladen. Die finanzielle Kostenbeteiligung für die Restaurierung geschützter Bausubstanz wurde ebenfalls neu geregelt. Zudem können Objekte, die jünger als 70 Jahre sind und keine regionale oder nationale Bedeutung haben, nicht mehr gegen den Willen der Eigentümerschaft unter Schutz gestellt werden. Eingeführt werden soll der öffentlich-rechtliche Vertrag als neues Instrument der Vereinbarung zwischen Eigentümerschaft und Kanton. Gewisse bauliche Veränderungen sollen neu bewilligungspflichtig werden. Die Denkmalschutzkommission soll aufgehoben werden.

Die Eckpunkte der Gesetzesrevision lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Neu müssen Denkmäler nicht wie bisher einen «sehr hohen», sondern einen «äusserst hohen» Wert aufweisen, und zwar erstens einen wissenschaftlichen, zweitens einen kulturellen oder drittens einen heimatkundlichen. Dabei müssen zwingend zwei dieser drei Kriterien erfüllt sein, damit der Kanton sie unter Denkmalschutz stellen kann.
- Neu ist der Kanton verpflichtet, die Standortgemeinde und die Eigentümerschaft vor der Aufnahme eines Objekts ins Inventar der schützenswerten Denkmäler zur Stellungnahme einzuladen. Hinzu kommt, dass das Inventar der schützenswerten Denkmäler periodisch aktualisiert wird. Dies geschieht in der Regel im Rahmen der gemeindlichen Ortsplanungsrevision.
- Die öffentliche Hand übernimmt neu 50 Prozent der Kosten für die Restaurierung geschützter Bausubstanz (bisher 30 Prozent). Ausserdem beteiligt sich der Kanton künftig stärker daran als die Gemeinden. Er übernimmt 75 Prozent und die Gemeinden 25 Prozent der staatlichen Beiträge. Bisher übernahmen Kanton und Gemeinden die Kosten zu je 50 Prozent.
- Objekte, die jünger als 70 Jahre alt sind und keine regionale oder nationale Bedeutung haben, können nicht mehr gegen den Willen der Eigentümerschaft unter Schutz gestellt werden.
- Im Gesetz wird der öffentlich-rechtliche Vertrag als neues Instrument geschaffen. Mit diesem Vertrag vereinbaren die Eigentümerschaft und der Kanton eine «einvernehmliche Unterschutzstellung».
- Veränderungen an der inneren Bausubstanz bereits geschützter Baudenkmäler, welche eine alters- und behindertengerechte Nutzung oder einen zeitgemässen Wohnstandard bezwecken, müssen neu von den Behörden bewilligt werden, ausser sie verstossen gegen schwerwiegende denkmalpflegerische Interessen.

Die Denkmalkommission, die den Regierungsrat und die Verwaltung in allen wichtigen denkmalpflege-relevanten Verfahren berät, wird aufgehoben. Damit wird der Grundsatz befolgt, beratende Kommissionen im operativen Bereich nur noch dort einzusetzen, wo das entsprechende Fachwissen in der Verwaltung fehlt.

Die Statistik der Inventar- und Schutzobjekte vom Januar 2019 zeigt, dass im Kanton ZG 1464 Objekte als schützenswert gelten. Dies entspricht 5.8 Prozent aller Gebäude. 563 Objekte, also 2.2 Prozent aller Gebäude, stehen unter Denkmalschutz.

Menzingen, Hofriedlung Schwand (oben) und Burg Zug (unten).



Quelle: Abstimmungserläuterungen

Der *Kantons- und Regierungsrat* befürworten die Gesetzesrevision aus folgenden Gründen:

- Die Anforderungen an den Denkmalschutz werden erhöht, das heisst nur noch äusserst wertvolle Objekte geschützt;
- Objekte, die jünger als 70 Jahre sind und keine regionale oder nationale Bedeutung haben, würden nur mit dem Einverständnis der Eigentümerschaft geschützt werden;
- Unterschutzstellungen erfolgen in der Regel einvernehmlich und vertraglich zwischen der Eigentümerschaft und dem Kanton. Dieses System habe sich in anderen Kantonen bewährt;
- Geschützte Baudenkmäler dürfen stärker heutigen Wohnbedürfnissen angepasst werden. Somit würden Komfort und Nutzen optimiert;
- Saniert die Eigentümerschaft das geschützte Objekt, würde sich der Staat finanziell neu stärker beteiligen. Damit schaffe er einen grösseren Anreiz für Instandhaltungen;
- Die Abschaffung der Denkmalkommission führe zur Beschleunigung der Verfahren und reduziere den Aufwand.

Das *Referendumskomitee* führt folgende Argumente gegen das revidierte DMSG auf:

- Mit dem überarbeiteten Denkmalschutzgesetz werde der Fortbestand baukulturell wertvoller Gebäude akut gefährdet;
- Baukultur stifte Heimat und Identität, weshalb es gesetzliche Rahmenbedingungen brauche, die es der Denkmalpflege im Interesse aller erlaube, einzugreifen, wo Baukultur bedroht sei. Das neue Gesetz erschwere oder verunmögliche dies nahezu. Die nochmalige Verschärfung der Kriterien führe dazu, dass kaum mehr ein Objekt unter Schutz gestellt werden könnte;
- Die breit abgestützte, demokratisch legitimierte Denkmalkommission solle nicht abgeschafft werden, da sie eine wichtige Stimme sei, welche sowohl die Eigentümerseite, aber auch Vertretungen aus Gemeinden, Verbänden und Vereinen einbinde;
- Die Altersgrenze von 70 Jahren sei willkürlich festgelegt und verhindere, dass erhaltenswerte und schutzwürdige Bauten der jüngeren Baugeschichte nur noch mit dem Einverständnis der Eigentümer unter Schutz gestellt werden könnten.

Der Kantonsrat (mit 51 zu 21 Stimmen) und der Regierungsrat haben dem Gesetz zugestimmt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)